

Wiedervereinigung vor dem Mauerfall

Einstellungen der Bevölkerung der DDR im Spiegel geheimer westlicher Meinungsumfragen

Bearbeitet von
Everhard Holtmann, Anne Köhler

1. Auflage 2015. Taschenbuch. 326 S. Paperback
ISBN 978 3 593 50476 6
Format (B x L): 14 x 21,3 cm

[Weitere Fachgebiete > Geschichte > Europäische Geschichte > Deutsche Geschichte](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Leseprobe

I. Einleitung

1. Die vertrauliche Vermessung der Wirklichkeit der DDR vor 1990

Wer sich über den Stand des politischen und gesellschaftlichen Bewusstseins im Osten Deutschlands während der Zeit vor 1990 genauer informieren will, sah sich lange durch das Hindernis einer Wissensklüft blockiert, die unüberwindbar schien: Exakte Daten, wie sie für die Bundesrepublik mit repräsentativen Bevölkerungsumfragen seit Jahrzehnten in reicher Fülle ermittelt werden, liegen für die Zeit, in der die DDR existierte, in einer nach einbezogenen Themen und gesellschaftlichen Teilgruppen vergleichbaren Vielfalt sowie in einer nach dem Grad ihrer allgemeinen Zugänglichkeit vergleichbaren Transparenz nicht vor. Solche Daten sind nicht etwa, wie zahlreiche Aktenbestände der Staatssicherheit, in der Endzeit der DDR gezielt vernichtet worden. Sie wurden vielmehr im Land selbst zu keiner Zeit erhoben

Eine rare Ausnahme stellt jener Sonderbestand an Studien dar, welche die SED-Führung zu einzelnen Sozialgruppen wie jungen Werktätigen und Studierenden am Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung in Auftrag gegeben und unter Verschluss gehalten hatte. Dass die inzwischen erfolgte Sicherung und Aufbereitung dieser Datensätze Möglichkeiten eröffnet, zumindest in einem schmalen Segment ostdeutscher Einstellungsforschung beispielsweise Kohortenvergleiche vorzunehmen, die bis in die Gegenwart reichen, macht das Fehlen von Zeitreihen repräsentativer Bevölkerungsumfragen für die Zeit der DDR nur umso deutlicher bewusst

Dass dieser weiße Fleck auf der Landkarte der politischen Psychologie Ostdeutschlands für die Zeit der DDR existiert, ist kein historischer Zufall. Denn Bevölkerungsumfragen, in denen Meinungsbilder, Stimmungslagen und der Stand der Einstellungen von unabhängigen Forschern erhoben, auf repräsentativer Basis abgebildet und öffentlich gemacht werden, sind für Diktaturen generell eine Herausforderung, weil sie für diese ein Sicherheitsrisiko darstellen. Auch die DDR-Oberen wussten sehr wohl: Der Absicherung ihrer Macht konnten veröffentlichte Befragungen der eigenen Bevölkerung so gefährlich werden wie politische Brandbeschleuniger

Dass die Partei- und Staatsführung der DDR, so wie die Machthaber in jeder anderen Diktatur, einer Demoskopie, deren Anwendung sie nicht kontrollieren und deren Befunde sie nicht nach Gutdünken manipulieren können, tief misstraute und deren Messinstrumente aus ihrem Herrschaftsbereich weitestgehend verbannte, hatte, genau gesehen, zwei Gründe. Ein Motiv war Furcht: Wäre das in der ostdeutschen Bevölkerung tatsächlich vorhandene Ausmaß an rein

äußerlicher Anpassung, an Unzufriedenheit und Entfremdung, an Verweigerung und Resistenz, also jener Verhaltensmuster, die für den Alltag in Diktaturen, auch solcher, die relativ fest im Sattel sitzen, kennzeichnend sind, exakt gemessen worden, dann hätte sich die herrschaftssichernde Propagandaphrase der "unverbrüchlichen Einheit" von Volk und Führung, von Partei und Staat als Trugbild enthüllt. Umfragedaten, die diese Botschaft transportieren, hätten dann als ein hartes Indiz für dürftige Legitimation und systemisches Politikversagen im Raum gestanden

Ein anderes Motiv war Verdrängung: Es lebte sich für die diktatorisch waltende politische Führungskaste der DDR in dem schönen Schein geschöner Wirklichkeiten schlicht leichter als mit dem unbequemen empirischen Nachweis, dass große Teile der Gesellschaft zur herrschenden Ideologie und zu deren Verkündern längst innerlich auf Abstand gegangen waren. Für diese wirklichkeitsblinde Verdrängung steht "Wandlitz", die zur Metapher der Selbstisolation des inneren Führungszirkels der DDR gewordene damalige Waldkolonie der Staats- und Parteispitze nahe Berlin

Die hartnäckige Abneigung der DDR-Führung gegenüber Bevölkerungsumfragen wurzelte folglich in der verallgemeinerbaren Machtbehauptungslogik von Diktaturen: Information, die Überraschungen bergen, die unbequeme Wahrheiten zutage fördern und sich obendrein verselbständigen kann, stellt ein hohes politisches Risiko dar. Am besten also, solches schwer kontrollierbares Wissen entsteht erst gar nicht und kommt folglich auch nicht in Umlauf

Wie bei vielen anderen gegenläufigen Strukturentscheidungen im alsbald geteilten Nachkriegsdeutschland, wurden die Weichen für die Einführung moderner Umfragemethoden in Westdeutschland und ebenso für deren Verbannung in Ostdeutschland bereits unmittelbar nach Kriegsende gestellt. Dass beide Teile Deutschlands schon in der Übergangsphase, als eine eigene nationale Staatlichkeit hier wie dort noch nicht existierte, hinsichtlich des Einsatzes des Instruments der Demoskopie nach 1945 getrennte Wege eingeschlagen haben, verdeutlicht rückblickend den Unterschied zwischen den Alternativen einer liberaldemokratischen und einer realsozialistischen Systemidee und Gesellschaftsvorstellung auf besondere Weise. Dabei waren das Bedürfnis und das Suchen nach Selbstvergewisserung zunächst allgegenwärtig. Nachdem der NS-Staat im Mai 1945 zusammengebrochen war, herrschte im damaligen geistigen "Niemandland" zwischen Diktatur und demokratischem Aufbruch allgemein Ungewissheit darüber, wie die Deutschen, ob in Ost oder West, politisch dachten. In der Emigration weilend, hatte Heinrich Mann zwei Jahre zuvor, im Mai 1943, diese Unklarheit in die bange Frage gekleidet

"Wenn die Nazi-Häuptlinge in ihren U-Booten nach Japan abgereist sind, was lassen sie zurück? In welchem Zustand sind die Menschen, die sie zum Schluss nicht umgebracht haben?"

Zwar sezierten literarische Reportagen, die als ein Teil der ungemein vielfältigen Nachkriegsliteratur seinerzeit rasche Verbreitung fanden, die Grundzüge im öffentlichen und privaten Denken der Zeitgenossen mit scharfer Beobachtungsgabe heraus, so beispielsweise "die deutsche Nachkriegsmentalität der Selbstbezogenheit und des Selbstmitleids, auch der latenten Aggression gegen die Siegermächte, die an die Stelle der Einsicht in die eigene Schuld tritt". Solche literarischen Streifzüge durch die Schluchten der Befindlichkeiten im verstörten Nachkriegsdeutschland bezogen ostdeutsche Lebenswelten noch wie selbstverständlich mit ein. Aus Sicht der Autoren dieser damaligen Zeitbilder war die spätere innerdeutsche Grenze noch nicht als eine ost-westliche Trennlinie der Einstellungen scharf markiert.

Doch fiel im Schatten des heraufziehenden Ost-West-Konflikts sehr bald die Grundentscheidung im Westen für und im Osten wider die Umfrageforschung, mit der Folge, dass der Wissensstand über das Denken und Fühlen der Menschen im östlichen Teil des geteilten Deutschlands für die Zeit der rund 40 Jahre währenden Existenz der DDR einer empirisch-statistischen Basis weithin entbehrt. Während in Westdeutschland die Meinungsforschung schon wenige Monate nach dem Ende des Krieges Einzug hielt, weil sie von der Besatzungsmacht als ein flankierendes Element der demokratischen Erneuerung betrachtet und - unter Beachtung handwerklich sauberer Standards - dafür eingesetzt wurde, machten, soweit wir wissen, die sowjetische Militärregierung von diesem Instrument gar nicht und die Machthaber des SED-Regimes erst spät und nur sehr dosiert und intern Gebrauch. Erst nachdem im Spätherbst 1989, als die DDR bereits in die Phase der Agonie eingetreten war, die westdeutsche Einstellungsforschung ihren Radius nach Ostdeutschland hinein erweiterte, konnte diese spezielle deutsch-deutsche Informationslücke - allerdings nicht rückwirkend - wieder geschlossen werden

Die Voraussetzungen dafür, langfristige datengestützte Trendverläufe im politischen und gesellschaftlichen Bewusstsein nachzuverfolgen, sodann diese Trends in historische Traditionslinien einzuordnen und so die vielbeschriebenen "Pfadabhängigkeiten" auch für eine gesamtdeutsche politische Kultur zu markieren, stellen sich mithin für beide Teile Deutschlands sehr unterschiedlich dar. Dass die US-amerikanische Militärregierung sich zu Zwecken der Besatzungspolitik moderner sozial-wissenschaftlicher Erhebungsmethoden bediente, um die politische und gesellschaftliche Stimmungslage der Einwohner ihrer Zone systematisch und kontinuierlich zu erhellen, legte den Grundstein für eine unabhängige Meinungsforschung in Westdeutschland. Das dort gespeicherte Datenmaterial stellte einen Fundus bereit für die empirische Fortschreibung und ebenso für eine sozialwissenschaftlich angeleitete "Altertumskunde" der politischen Kultur der Bundesrepublik, wie sie seit etwa Ende der 1950er Jahre entstanden ist. Umgekehrt war eine vergleichbare "Archäologie" der politischen und gesellschaftlichen Einstellungen, wie sie im Osten Deutschlands zwischen 1945 und 1989

existierten, in der DDR von vornherein ausgeschlossen; nicht nur wegen ideologisch begründeter Sperren, sondern auch aufgrund von fehlenden verwertbaren Umfragedaten

In Westdeutschland gingen die ersten acht jener Umfragen, die der vertraulichen Information der US-Militärregierung dienten, die sogenannten OMGUS-Surveys, noch zwischen Oktober und Dezember 1945 ins Feld. Im gleichen Jahr, aber nicht im gleichen Maße militärischer Geheimhaltung unterliegend, startete das neugegründete Institut für Demoskopie (IfD) in Allensbach seine seither ununterbrochene Umfragetätigkeit. Sowohl die OMGUS-Surveys als auch die fortlaufende Serie der Allensbacher Jahrbücher für Demoskopie sind seit langem in allgemein zugänglicher Form veröffentlicht. Beide Umfragebestände weisen in die Gründerzeiten der professionellen westdeutschen Umfrageforschung zurück, die sich hernach an Universitäten wie auch im Sektor kommerziell ausgerichteter Institute erheblich ausfächerte und ihre Fragestellungen und Methoden fortwährend weiterentwickelte. Ein großer Teil des bundesweit zusammengetragenen Datenbestands ist im Kölner Zentralarchiv (ZA) archiviert und für wissenschaftliche Nutzer zugänglich

In der Bundesrepublik galt ein zentrales Erkenntnisinteresse der Umfrageforschung von Anfang an der Demokratieforschung in ihren vielen Facetten. Zwangsläufig rückte dadurch die Frage nach der empirisch vermessenen Legitimationsbasis politischer Herrschaft dauerhaft in den Blick. In Umfragedaten erhielt solche kritische Überprüfung des Regierens in der Bundesrepublik eine objektive Grundlage. Für die in Ostdeutschland nach 1945 mit sowjetischer Schützenhilfe angebahnte und in der DDR schließlich etablierte Diktatur hingegen wäre eine vergleichbar unabhängige Umfrageforschung systemwidrig gewesen. Die Produktion gesellschaftlichen Wissens war stattdessen autoritär-staatlich organisiert und folgte den Prinzipien staatlicher Anleitung, ideologischer Festigung, öffentlich bekundeter Folgebereitschaft und kollektiver Einschwörung auf das Führungsmonopol der Staatspartei

Speziell auf die Informationsbedürfnisse der Diktatur zugeschnitten, operierte in Ostdeutschland außerdem im Schatten der Macht das monströse Datenspeicherwerk der verdeckt, das heißt durch Ausspähung gewonnenen "Erkenntnisse" der Geheimdienste. Zu Besatzungszeiten hatte die Sowjetische Militäradministration ihr eigenes Netz von Konfidenten geknüpft. Dass das SED-Regime nach Gründung der DDR seinen eigenen Staatssicherheitsapparat aufbaute, ist hinlänglich bekannt. Das gigantische Nachrichtenaufkommen, das von der Stasi hinter dem Rücken der Bevölkerung rund um die Uhr beschafft wurde, hat die fehlenden Informationen aus Bevölkerungsumfragen, die den empirischen Volkswillen im repräsentativen Querschnitt abbilden, denen sich die Staats- und Parteiführung jedoch aus systembedingter Scheu verweigerte, nicht wirklich kompensiert, weil es vorrangig der politischen Feindaufklärung diente. Repräsentative Umfragen, die wissenschaftlichen Kriterien genügen, basieren ja auf anonymisierten Daten.

Konspirative Ermittlung und Lenkung von Information, mit welcher die Stasi beauftragt war, nimmt demgegenüber angebbare Personen als erklärte Zielobjekte der Verfolgung ins Visier

Nach der deutschen Einigung setzte die wissenschaftliche und publizistische Auseinandersetzung mit dem "Erbe" der DDR auf breiter Front ein. Aus publizierten Selbstbeobachtungen von Zeitzeugen, welche die gesamte Bandbreite von Nähe und Distanz zum Leben in der DDR wiedergeben, und aus der wissenschaftlich kritischen Aufarbeitung der Anatomie des SED-Staates schälten sich inzwischen die Konturen "einer noch nicht fest geformten Erinnerungslandschaft" heraus. Das Bild von der DDR, schreibt der Historiker Martin Sabrow, das aus der Flut gespeicherter persönlicher Erfahrungen hervortrete, sei nicht geschlossen, sondern "denkbar zerklüftet". Einem Kaleidoskop gleich, präsentiere es den ostdeutschen Staat und seine Gesellschaft immer wieder neu.

Um solche persönlichen Zeitzeugnisse, fein gezeichneten Milieuschilderungen und zeitgeschichtlichen Annäherungen an die Alltagserfahrungen und an das Alltagsbewusstsein der Menschen in der DDR auf Verallgemeinerbarkeit überprüfen zu können, bedürfte es entsprechender datenbasierter Quellen, wie sie Bevölkerungsumfragen bereitstellen. Eingedenk der in der DDR für die Zeit von 1945 bis 1989 existierenden Datenlücke, hatte sich die deutsche Sozialwissenschaft eigentlich schon damit abgefunden, dass ein solcher empirischer Abgleich qualitativer DDR-Forschung mit statistischen Individualdaten auf der Einstellungsebene definitiv nicht mehr möglich sei. Man sei, schrieben die Politikwissenschaftler Katja Neller und Oscar W. Gabriel noch im Jahr 2010, auf Spekulationen darüber angewiesen, wie sich das Verhältnis der DDR-Bürger zur Politik seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges entwickelt hatte

"Ob die Masse der DDR-Bürger das Regime aktiv unterstützte, passiv hinnahm, ihm indifferent oder ablehnend gegenüber stand, lässt sich nicht eindeutig belegen."

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Fluchtbewegung aus der DDR war sich die westdeutsche Kommunismusforschung in den 1950er Jahren sicher

"Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass die übergroße Mehrheit der mitteldeutschen Bevölkerung das Ulbrichtsche Herrschaftssystem scharf ablehnt."

So kategorisch das Urteil ausfiel, so fragmentarisch blieben quantifizierende empirische Belege, wie "die da drüben" tatsächlich dachten. Die westdeutsche Politik ersann jedoch Umwege, um

sich annähernd ein Bild zu verschaffen. So wurde in den 1950er Jahren vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen eine "Testbefragung" unter in den Westen geflüchteten Arbeitern in Auftrag gegeben, um deren ideologische Indoktrination und Einstellung zum Eigentum herauszufinden. "Das wesentliche Resultat war, dass es dem Stalinismus nicht gelungen ist, sich eine Basis in der Arbeiterklasse zu schaffen." Gleichzeitig ergab sich dabei, dass 35 Prozent der Befragten "ganz oder überwiegend marxistisch eingestellt" seien und weitere 26 Prozent eine "teilweise, aber nicht überwiegend marxistische Haltung" hegten. 35 Prozent seien "von marxistischer Ideologie frei".

Seitdem vor gut einem Jahr, im Frühsommer 2014, unvermutet doch noch ein erhalten gebliebener umfänglicher Datenbestand, der ungleich umfangreicher indirekt Aufschluss gibt über politische und gesellschaftliche Einstellungen der Bevölkerung der DDR, im Berliner Archiv des Umfrageinstituts Infratest Dimap seinem jahrzehntelangen Dornröschenschlaf entrissen worden ist, hat sich die politik-wissenschaftliche "Beweislage" erheblich verbessert. Erhalten geblieben ist nämlich die vollständige Serie von Berichtsbänden der sogenannten "Stellvertreterumfragen", welche das Institut Infratest Kommunikations-forschung im Auftrag des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen (ehemals Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen) seit dem Ende der 1960er Jahre bis 1989 jährlich durchgeführt hat.

Indirekt, nämlich auf dem Umweg über die Aussagen von rückkehrenden westdeutschen Besuchern der DDR, sind in diesen Befragungen die Stimmungslagen der DDR-Bevölkerung, ihre Einschätzungen ihres staatlichen, beruflichen und privaten Umfelds sowie ihre Meinungen zu den verschiedensten politischen und persönlichen Themen ausgelotet worden. Die erfasste Zeitspanne reicht von 1968 bis 1989. Dies macht es - damals im Geheimen und heute öffentlich - möglich, längerfristige Entwicklungslinien im Einstellungshorizont der Bürgerinnen und Bürger der DDR abzubilden

Sowohl in der methodischen Anlage (siehe dazu ausführlicher das anschließende Methodenkapitel) als auch aufgrund seiner Alleinstellung im ansonsten weithin leeren Datenfeld der DDR ist der Bestand der Stellvertreterumfragen ein sozialwissenschaftliches Unikat. Er stellt "weltweit die einzige Datensammlung dar, die in Kontinuität empirisch gewonnene verallgemeinerungsfähige Ergebnisse zu Einstellungen, Meinungen und Verhaltensweisen der DDR-Bevölkerung ausweist". Über die gesamte Zeit der Berichtsjahre des geteilten Deutschlands hinweg wurden die Umfragen seitens ihrer staatlichen Auftraggeber als geheim beziehungsweise als vertrauliche Verschlussache behandelt.